
Zur Einführung

Seit über fünf Jahren kriegten die politischen und wirtschaftlichen Eliten die Krise nicht in Griff. Wenig deutet darauf hin, dass sie es in nächster Zeit schaffen werden. Im Gegenteil, die Überakkumulationskrisen wurden immer wieder verschoben: von den Banken und Sparkassen mit ihren faulen Hypothekenkrediten auf Millionen von Häusern in den nordamerikanischen Vorstädten zum US-Staat und von dort zu den Lohnabhängigen; von den Industrien der USA und Europas zu den neuen Industriekomplexen in Chinas Wachstumsregionen; von den europäischen Banken zu den Staaten, von den Staaten auf die griechische, spanische, portugiesische und irische Bevölkerung und schließlich zu allen Lohnabhängigen in Europa. Das Einzige, was dem Führungspersonal der Banken und Konzerne, der Staaten, der Europäischen Union (EU), der Europäischen Zentralbank (EZB) und dem Internationalen Währungsfonds (IWF) einfällt, ist, die Krisen immer wieder zeitlich und räumlich zu verschieben. In dieser Ausgabe von *Emanzipation* setzen wir uns schwerpunktmäßig mit der Krise in Europa, die zugleich eine europäische Krise ist, auseinander.

Die Aufblähung der Kreditmaschine und damit des fiktiven Kapitals geht weiter. Die Notenbanken dehnen ihre Bilanzen massiv aus und stellen den Banken Liquidität zu extrem niedrigen Zinssätzen zur Verfügung. Diese wissen aufgrund mangelnder profitabler Investitionsmöglichkeiten nichts Besseres zu tun, als einen Teil dieses Geldes wieder bei den Notenbanken zu parken oder als Finanzanlagen in Rohstoffe und Schwellenländern zu leiten. **Christian Zeller** argumentiert in seinem Beitrag, dass die fällige Entwertung des Kapitals zunächst zeitlich und räumlich verschoben und schließlich auf die Lohnabhängigen abgewälzt wird. Die Staatsverschuldung ist ein zentraler Hebel zur Durchsetzung einer Austeritätspolitik, die dazu dient, den Mehrwert zu steigern und dem Kapital neue Felder seiner Verwertung zuzuführen.

Die europäischen Eliten und die Vertreter der unterschiedlichen, immer noch weitgehend national definierten, Kapitalinteressen stehen vor dem Dilemma, entweder den Zerfall der Euro-Zone und damit auch eine substanzielle Schwächung der EU zu akzeptieren beziehungsweise in die Wege zu leiten, oder eine autoritäre europäische Zentralmacht mit weitgehenden politischen und wirtschaftlichen Kompetenzen jenseits demokratischer Legitimität gegen die Bevölkerungen durchzusetzen. Grundlage dieses Dilemmas ist die Natur der europäischen Konstruktion selbst. Die Abwesenheit eines europäischen Staates und die andauernde Rivalität der immer noch national konstituierten Bourgeoisien stellen die selbsternannten Lenker Europas vor schwierige Fragen. **Alain Bihr** erörtert in seinem Beitrag die Dynamik des europäischen Projekts. Weil sich jedoch keine hegemoniale Kraft wirklich durchsetzen kann, ist die Herausbildung eines Kontinentalstaats in Europa gefährdet.

Die Bearbeitung der Krise nimmt die Züge eines sozialen Krieges an. Das zeigt sich zunächst in Griechenland und zunehmend in den anderen Ländern Südeuropas. Die Interessenvertreter des Kapitals in Deutschland und anderen Kernländern Europas streben im Bündnis mit ihren lokalen Partnern eine komplette Zerstörung der noch verbliebe-

nen Sozialstaatsreste in den Ländern Südeuropas an. Sollten sie sich durchsetzen, dann schritte die Erosion sozialer Errungenschaften auch in den reichen Kernländern voran.

Claudia Buch, Professorin für internationale Makroökonomie und Finanzwirtschaft an der Universität Tübingen und neues Mitglied des Sachverständigenrats der Bundesregierung zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (Wirtschaftsweise), erklärte am 23. und 24. Juni in Interviews mit der *Südwestpresse* und der *Welt am Sonntag*, die Löhne in Griechenland seien immer noch zu hoch, die Banken in Spanien müssten schnell von der öffentlichen Hand gerettet werden, eine Europäische Bankenaufsicht durch die Europäische Zentralbank sei abzulehnen (Südwestpresse 2012; Eigendorf/Kaiser 2012). In der Tat, das ist der akademisch gesicherte, neoklassisch fundierte und gesellschaftlich zynische Kurs der gegenwärtig herrschenden Politik.

Die Realität in Griechenland hat sich den Wunschvorstellungen der Entwertung von Arbeit und Kapital bereits stark angenähert. Große Teile der Gesellschaft sind traumatisiert. Die Selbstmordrate ist in die Höhe geschossen, kollektivvertragliche Vereinbarungen sind weitgehend ausgehöhlt oder gar abgeschafft, die Löhne und Altersrenten so abgesenkt, dass sie nicht mehr ausreichen. Die Armut verallgemeinert sich. Auf der anderen Seite genießen die Reedereien, die immer noch die größte Handelsflotte der Welt unterhalten, weitgehende Steuerfreiheit. Die Reichen haben Vermögen, die sie nicht ohnehin ständig im Ausland angelegt haben, aus dem Land transferiert. Die Wochenzeitung *Die Zeit* schätzte den Umfang der Steuerflucht bereits für das Jahr 2010 auf 560 Milliarden Euro – zweieinhalbmal so viel wie das Bruttoinlandsprodukt (Pham 2011). Die Rüstungskonzerne Frankreichs und Deutschland ermunterten die griechische Regierung noch 2009 und 2010, als die Krise längst ihren Lauf genommen hatte, umfassende Militärausgaben für Fregatten, Helikopter und Panzer zu tätigen. Noch im Februar 2010 versuchte der deutsche Außenminister Westerwelle, der griechischen Regierung Eurofighter-Flugzeuge anzudrehen. Diese Elemente reichen alleine schon aus, um einen beträchtlichen Teil der griechischen Schulden für illegitim zu erklären (Enteignung (Udry 2012)).

Doch es sind fundamentalere Fragen, die aus einer emanzipatorischen Perspektive zu erwägen sind. Erstens schaffte es das deutsche Kapital mit der Agenda 2010 und mit Unterstützung eines Teils der Gewerkschaftsführungen, eine industrielle Reservearmee in Deutschland zu schaffen und die Lohnstückkosten im internationalen Vergleich massiv zu senken. Eine rasche Lösung der Schuldenkrise wäre 2010 möglich gewesen, wenn die EZB die griechischen Schulden aufgekauft hätte. Doch das war nicht im Interesse des deutschen Kapitals und seiner Verbündeten. Ein im Vergleich zum US-Dollar abgewerteter Euro feuerte nämlich die deutsche Exportmaschine an.

Zweitens hat die Troika aus EU, EZB und IWF mit der in ihren Memoranden festgehaltenen Politik Griechenland in ein riesiges Laboratorium verwandelt. Dort erprobt sie, auf welchen Widerstand eine weitgehende Enteignung gemeinschaftlicher Ressourcen, die völlige Deregulierung der Arbeitsmärkte, die Abschaffung der Kollektivverträge und die Ersetzung nationalen Rechts durch die Diktate der Troika stößt (Udry 2012). Der Widerstand in der griechischen Bevölkerung gegen diese Enteignung ist enorm. **Sotiris Martalis** beschreibt in seinem Beitrag die Entwicklung dieses Widerstands und betont die

vielfältigen Formen der Selbstorganisation und des zivilen Ungehorsams. Der Widerstand zeigte sich auch im phänomenalen Aufstieg des linken Bündnisses SYRIZA bei den Wahlen vom 6. Mai und 17. Juni. **Stathis Kouvelakis** erklärt in einem noch vor den Wahlen vom 17. Juni geführten Interview mit Philippe Marlière das Phänomen SYRIZA und erörtert die Chancen einer antikapitalistischen Linken in Griechenland.

Eine dritte Schlüsselfrage betrifft die mit der Ausdehnung des fiktiven Kapitals verbundene Natur und Entstehung der Verschuldung. Die Vergesellschaftung der Schulden des Finanzsektors durch die öffentliche Hand und die damit verbundene abermalige Aufblähung des Kredits und des fiktiven Kapitals sind insgesamt als illegitim anzusehen. **Christian Zeller** weist in seinem Beitrag darauf hin, dass die Schuldenfrage Dreh- und Angelpunkt jeder emanzipatorischen Perspektive ist.

Warum konnten die neoliberalen und neokonservativen Kräfte ihre starke Stellung in der akademischen und politischen Welt erobern? **Norbert Nicoll** erörtert diese Frage mit Hilfe des Konzeptes der Hegemonie von Gramsci und zeigt, wie die neoliberalen Schlüsselfiguren zielstrebig hegemoniale Apparate errichtet haben. Dieser Beitrag leitet zu einem zweiten Schlüsselthema dieser Ausgabe von *Emanzipation* über. Wir drucken das Memorandum besorgter Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler «Für eine Erneuerung der Ökonomie» vom 13. März 2012 ab. Obwohl wir anders argumentieren, halten wir diesen Aufruf für wichtig und fruchtbar, weil er eine Bresche in den herrschenden akademischen Diskurs in den Wirtschaftswissenschaften schlägt. **Elmar Altvater** begründet in einem kurzen Kommentar seine Unterschrift unter das Memorandum. **Peter Streckeisens** Besprechung zweier Bücher von Ben Fine und Dimitris Milonakis fügt sich nahtlos in diese Kritik der akademischen Wirtschaftswissenschaften ein. Die beiden Bücher analysieren die Umwandlung der Politischen Ökonomie zu einer gesellschaftstheoretisch entleerten Wirtschaftswissenschaft, die ihrerseits die Gesellschaftswissenschaften mit ihren Konzepten kolonisiert hat und sich als herrschaftsnaher Wissenschaftsdisziplin andient.

Der herausragende Sozialist, Gewerkschafter und Journalist **Jakob Moneta** ist am 3. März 2012 in seinem 98. Lebensjahr verstorben. In seinem Nachruf beschreibt **Winfried Wolf** anhand anschaulicher Anekdoten, wie Jakob Moneta mit seinem Verständnis für konkrete Lebens- und Kräfteverhältnisse ihn in seinem eigenen Werdegang als politischen Journalisten geprägt hat. **Christoph Jünke** analysiert einige in Vergessenheit geratene Aufsätze sowie bekanntere Werke von Jakob Moneta im Hinblick auf sein Verständnis des Menschen. Jünke beschreibt, dass Jakob Moneta eine «neue Anthropologie» eingefordert habe, die davon ausgehen müsse, dass der Mensch unteilbar sei, man ihn also nicht künstlich in ein ökonomisches, in ein politisches oder in ein kulturelles Wesen aufspalten dürfe.

Wir vervollständigen dieses Heft von *Emanzipation* mit zwei weiteren Besprechungen. **Elfi Müller** stellt uns Zelimir Zilniks Film *The old school of capitalism* (Serbien 2009) vor. Zelimir Zilnik, ein äußerst kreativer Filmemacher, der seit den 60er Jahren zahlreiche kritische Dokumentar- und Spielfilme über das gesellschaftliche Leben in Jugoslawien und dessen Nachfolgestaaten drehte, dokumentiert die ersten Arbeiterrevolten seit Einführung kapitalistischer Strukturen in Serbien und lässt dabei die Akteure sich selbst spie-

len. **Thomas Goes** stellt die von Richard Detje, Wolfgang Menz, Sarah Nies und Dieter Sauer verfasste Analyse *Krise ohne Konflikt? Interessen- und Handlungsorientierungen im Betrieb – die Sicht von Betroffenen* vor. Die empirische Studie untersucht, wie Lohnabhängige auf die anhaltende Wirtschaftskrise reagieren und mit Konfliktpotenzial umgehen.

Wir würden uns freuen, wenn Ihnen und euch dieses Heft gefällt. Wir nehmen gerne Angebote für Beiträge, Vorschläge für Themen und auch kurze Leserbriefe entgegen.

Christian Zeller, Angela Klein, Stefan Müller

Literatur

Council of the European Union (2012): Treaty establishing the European Stability Mechanism, 2 February. www.european-council.europa.eu/media/582311/05-tesm2_en12.pdf.

Eigendorf, Jörg/Kaiser, Tobias (2012): «Konjunkturprogramme sind gefährlich». Interview mit Claudia Buch. *Welt am Sonntag*, 24. Juni.

Klein, Angela (2012): Der Fiskalpakt: Ermächtigungsgesetz der Finanzmärkte, *Sozialistische Zeitung* 5: 14.

Pham, Khue (2011): Die Milliarden der Familie Latsis. Wo ist das Geld der griechischen Reichen? *Die Zeit*, 22. Juni.

Südwestpresse (2012): Harte Anpassung unvermeidlich. Interview mit Claudia Buch. *Südwestpresse*, 23. Juni.

Udry, Charles-André (2012): La Grèce: le berceau de quelle Europe? *À l'encontre*, 16. Juni. <http://alencontre.org/laune/la-grece-le-berceau-de-quelle-europe.html>.